Antrag 163/II/2022
Jusos LDK
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Mehr Polizei bedeutet nicht mehr Sicherheit – Keine Polizeiwache am Kotti!

Das Kottbusser Tor ist Begegnungsort für viele Menschen der Berliner Stadtgesellschaft. Immer wieder ist das Kottbusser Tor ein polarisierendes Diskussionsthema. Sei in der mietenpolitischen Debatte über das Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ), den Umgang mit Drogenkonsument*innen und Obdach- und Wohnungslosigkeit oder das Vorgehen der Berliner Polizei an einem durch sie selbst definierten "kriminalitätsbelasteten Ort". Dass nun gerade am Kotti die Polizeipräsenz verstärkt werden soll, hat System: Als kriminalitätsbelastete Orte werden meistens solche Orte definiert, an denen viele Black, Indigenous, and People of Color (BIPoCs) leben und arbeiten. Dass hier bisher verdachtsunabhängige Polizeimaßnahmen erlaubt sind, führt dazu, dass überproportional viele BIPoCs von diesen Maßnahmen betroffen sind. Auch durch diesen Teufelskreis werden Narrative von kriminellen "Ausländern" seit Jahrzehnten in der öffentlichen Debatte befeuert. In diese Diskussion kommt nun der Vorstoß der Senatsverwaltung für Inneres, im ersten Stock des Neuen Kreuzberger Zentrum eine Polizeiwache zu errichten. Als Vorbild dient die Polizeiwache am Alexanderplatz, die aktuell wegen Rassismusvorwürfen und Beschuldigung der Körperverletzung im Amt in der Kritik steht. Wir Jusos sehen uns daher in unserer Position bestärkt, dass mehr Polizeipräsenz nicht zu mehr Sicherheit führt. Eine höhere Polizeipräsenz verstärkt vorherrschende Machtstrukturen und führt zu stärkerer Ausgrenzung marginalisierter Gruppen. Gleichzeitig fühlen sich BIPoC durch vermehrte Polizeipräsenz oft alles andere als sicher, da für diese Communitys die Gefahr steigt, Racial Profiling ausgesetzt zu sein und Polizeigewalt zu erleben. Wenn überhaupt, steigt das subjektive Sicherheitsgefühl durch die Anwesenheit der Polizei somit nur für weiße Menschen. Wir Jusos stehen für einen inklusiven Sicherheitsbegriff, der die soziale Sicherheit in den Blick nimmt und sich auch an den Bedürfnissen marginalisierter Gruppen wie FINTA, BIPoC und Menschen mit Behinderungen orientiert. Während die Polizeiwache am Kottbusser Tor insgesamt von einigen Anwohner*innen und örtlichen Gastronom*innen gefordert wird und sich auch im Bezirk und im Land die Fraktionen der Grünen, Linken und SPD für eine Wache am Kottbusser Tor ausgesprochen haben, ist der nun festgelegte Standort mehr als problematisch. Die Polizeiwache soll im ersten Stock des NKZ durch eine Glasfassade Überblick über das gesamte Kottbusser Tor haben. Dabei ist die Wache weder barrierefrei zugänglich noch räumlich ausreichend dimensioniert für eine dauerhafte Besetzung. Dennoch wurde der Mietvertrag ohne eine vorheri-

Änderung Überschrift "Solidarische Sicherheit stärken: Für ein präventives Gesamtkonzept am Kotti!"

Das Kottbusser Tor ist Begegnungsort für viele Menschen der Berliner Stadtgesellschaft. Immer wieder ist das Kottbusser Tor ein polarisierendes Diskussionsthema. Sei es in der mietenpolitischen Debatte über das Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ), den Umgang mit Drogenkonsument*innen und Obdach- und Wohnungslosigkeit, die häufigen Polizeieinsätze oder die Definition als kriminalitätsbelasteter Ort und den damit einhergehenden besonderen polizeilichen Befugnissen. Dass am Kottbusser Tor überdurchschnittlich viele BIPoCs (Black, Indigenous, and People of Color) leben und verdachtsunabhängige Polizeimaßnahmen an kriminalitätsbelasteten Orten bisher erlaubt sind, führt dazu, dass überproportional viele BIPoCs von diesen Maßnahmen betroffen sind und die Befürchtung, Racial Profiling ausgesetzt zu sein, steigt. Das bisher fehlende Lichtkonzept führt dazu, dass insbesondere Frauen und queere Personen sich am Kottbusser Tor in der Dunkelheit oft nicht sicher fühlen.

Unser Ziel ist es, das Kottbusser Tor für alle Bevölkerungsgruppen zu einem lebenswerteren und sichereren Ort zu machen. Mehr Polizeipräsenz allein ist für uns kein Garant für mehr Sicherheit, sondern muss im Sinne unseres inklusiven Sicherheitsbegriffs mit sozialen Maßnahmen flankiert werden, die sich besonders an den Bedürfnissen marginalisierter Gruppen orientieren. Dabei wollen wir für die Interessen der Anwohner*innen ansprechbar sein und sie in die Planung unserer Sicherheitsarchitektur bestmöglich einbeziehen.

Wir fordern daher unsere sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und Abgeordnetenhauses auf, im Zuge der Errichtung der Kotti-Wache auf Folgendes hinzuwirken:

- Die Ausarbeitung weiterer städtebaulicher Entwicklungskonzepte wie Beleuchtungskonzepte für eine ganzheitlich gedachte Sicherheit
- Die enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort wie beispielsweise dem Fixpunkt e.V. und dem Mieterrat des Neuen Kreuzberger Zentrums (NKZ) bei der weiteren kommunalen Entwicklung des Kottbusser Tors
- Eine stärkere Finanzierung und Bereitstellung von mehr Drogenkonsumräumen
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Streetworker*innen und Suchtberater*innen

ge gesamtgesellschaftliche oder innerparteiliche Debatte ein paar Tage vor dem Landesparteitag der SPD Berlin unterschrieben. Dieses Vorgehen trägt nicht zur allgemeinen Akzeptanz der Maßnahme bei.

Abgesehen von den grundsätzlichen Argumenten gegen die Wache haben sich sowohl einige der Anwohner*innen und Gastronomiebetreiber*innen, als auch die SPD-Fraktion der BVV Friedrichshain-Kreuzberg deutlich gegen den gewählten Standort positioniert. Aus Kreisen der Senatsverwaltung für Inneres heißt es, es wären mehrere mögliche Standorte geprüft worden und der nun gewählte Platz sei die bestmögliche Lösung. Eine transparente Liste der geprüften Standorte und der zugrundeliegenden Auswahlkriterien existiert jedoch nicht. Die Polizeiwache ist Teil eines Gesamtkonzepts für das Kottbusser Tor, das neben der Polizeipräsenz eine stärkere Unterstützung der sozialen Projekte vor Ort und ein Konzept für mehr Sauberkeit vorsieht. Diese sind in der Verantwortung der Senatsverwaltung für Soziales und dem Straßen- und Grünflächenamt. Nach der Vorstellung des Plans für die Polizeiwache halten sich die anderen Ressorts leider sehr zurück mit der Umsetzung ihrer Verantwortlichkeiten. Ursprünglich waren Finanzmittel von 250.000 Euro für den Neubau der Wache vorgesehen, inzwischen belaufen sich die Kosten auf 3,75 Millionen. Dieses Geld wäre aus unserer Sicht mit Investitionen in soziale Projekte, eine bessere Ausstattung der Drogenkonsumräume und mehr Sauberkeit der Straßen- und Grünflächen sinnvoller angelegt.

Wir fordern daher von der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus sowie den sozialdemokratischen Mitgliedern des Berliner Senats:

- Den Stopp der Planungen und Baumaßnahmen der Polizeiwache am Kottbusser Tor
- Eine stärkere Finanzierung und Bereitstellung von mehr Drogenkonsumräumen
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Streetworker*innen und Suchtberater*innen
- Offenlegung der Liste der geprüften Standorte für die geplante Polizeiwache am Kottbusser Tor
- Umsetzung des im Koalitionsvertrag verankerten Racial-Profiling-Verbotes
- Einwirken auf die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zur Umsetzung ihres Sauberkeits- und Grünflächenkonzepts, sowie auf das Straßen- und Grünflächenamt für das Kottbusser Tor
- Einwirken auf die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zur Umsetzung des Sozialkonzepts für das Kottbusser Tor

- Die unverzügliche Umsetzung des im Koalitionsvertrag verankerten Racial-Profiling-Verbotes im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) sowie einer Regelung, dass Identitätsprüfungen an kriminalitätsbelasteten Orten im ASOG an das Verhalten anknüpfen,
- Einwirken auf die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zur Umsetzung ihres Sauberkeits- und Grünflächenkonzepts, sowie auf das Straßen- und Grünflächenamt für das Kottbusser Tor
- Einwirken auf die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zur Umsetzung des Sozialkonzepts für das Kottbusser Tor